

Kay Meiners

Sprache und Politische Korrektheit

»Politische Korrektheit« ist Sprachpolitik

Die Umbenennung von »Negerküssen« zu »Schokoküssen«, das Binnen-I (»MitarbeiterInnen«) in Gewerkschaftszeitungen oder der Rücktritt des Bundestagspräsidenten Philipp Jenninger, nachdem er 1988 in einer Gedenkrede zur so genannten »Reichskristallnacht« das Stilmittel der erlebten Rede eingesetzt hatte – sie alle hat man mit dem Diskurs um »Politische Korrektheit« in Verbindung gebracht. Die Aktivist:innen eines »politisch korrekten« Sprachgebrauchs sehen sich als Vertreter:innen einer progressiven Sprachkritik in der Tradition der amerikanischen und europäischen sozialen Bewegungen. Sie nehmen für sich in Anspruch, auf diskriminierende Sprachgebräuche aufmerksam zu machen und eine bessere, »wirklichkeitsnähere« Sprachpraxis begründen zu wollen. Sprechakte, so die Theorie, sind Repräsentationen der Wirklichkeit, die das Denken und Handeln beeinflussen, und als Verhalten sind sie selbst wieder soziale Wirklichkeit für den anderen.

Ganz so einfach ist es aber um die Repräsentanz der Wirklichkeit in der Sprache nicht bestellt. Dieter E. Zimmer weist zu Recht darauf hin, dass man auch »politisch korrekt« lügen kann: »Wer, wie von höchster Stelle befohlen, nur noch »Mitbürger türkischer Herkunft« sagt (»Mitbürger« und »Mitbürgerin« versteht sich), denkt doch weiter Türke ...« (Zimmer 1997: 156). Doch es ist der Anspruch politisch motivierter Sprachkritik, über den Sprachgebrauch die soziale Realität zu verändern. Sie versucht, auf die Moral der Sprecher:innen sowie auf Verhaltenskodizes und Gesetze Einfluss zu nehmen, und sie wird zur Sprachpolitik, sobald sie gesellschaftlichen Einfluss gewinnt. Sie setzt dabei nicht nur auf Neuschöpfungen, sondern ebenso auf Verbote. Ähnlich wie auch in der Stilistik existieren Listen

von »Unwörtern«, wie sich am Beispiel der feministischen Sprachkritik zeigen lässt: Neben eher sprachschöpferischen Regeln wie der, dass bei Personenbezeichnungen das natürliche Geschlecht stets mit dem grammatischen übereinstimmen soll, finden sich in der Liste zahlreiche Beispiele für Begriffe, die vermieden werden sollen, z.B. »Vater Staat«, sowie Anleitungen zum Ausweichen auf Fluchtwörter, z.B. »Arbeitskräfte« statt »Arbeiter« (vgl. Wierlemann 2002: 151).

Der Streit um die Begriffe und die Frage, wie Sprechakte moralisch zu bewerten sind, lassen es gerechtfertigt erscheinen, von einer »Konkurrenz der Wirklichkeiten« zu sprechen. Unversöhnlich stehen sich die Fraktionen gegenüber. Die Befürworter »politisch korrekter« Sprache gehen soweit, sogar ganze Texte als »inkorrekt« zu disqualifizieren. Das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* berichtete im Heft 18/2004 unter der Überschrift »Praktikantin gegen Benjamin« über einen Versuch des Amtes der Beauftragten für Migration, Integration und Flüchtlinge, Marieluise Beck, Druck auf den Hamburger Verlag Hoffmann und Campe auszuüben, weil er Walter Benjamins Hörstück *Die Zigeuner*, das dieser im Jahr 1930 für die Jugendstunde des Senders Berlin verfasst hatte, neu auflegen wollte. Eine Praktikantin hatte eine »Expertise« über angeblich darin enthaltene Stereotype verfasst, deren Zusammenfassung dem Geschäftsführer des Verlages, Rainer Moritz, zugesandt wurde mit der Empfehlung, die CD nicht weiter zu veröffentlichen (vgl. Broder 2004: 182). Für die andere Seite sind solche Vorfälle kaum zu ertragen, besonders wenn eine staatliche Behörde am Werk ist und es sich um »anerkannte« oder kanonische Literatur handelt, die auch unter dem Gesichtspunkt ihrer Historizität gesehen werden will.

Solche Konflikte treten immer wieder auf, allerdings bezeichnet sich kaum noch jemand selbst in ihnen als »politisch korrekt«. Aus einem einfachen Grund: Der Begriff ist heute überwiegend negativ besetzt. Fast kann man sagen: Er ist heute bei Gegnern und Befürwortern gleichermaßen unbeliebt. Für dieses schlechte Image machen viele Autoren eine gezielte Begriffsbesetzung durch die Konservativen verantwortlich. Sie vertreten die Auffassung, der Begriff bezeichne weiterhin ein positives Denotat, werde aber heute überwiegend von rechten Politikern als Distanzbegriff eingesetzt. So heißt es bei Sabine Wierlemann, »Politische Korrektheit« (kurz: PC) sei eine »Fremdbezeichnung für das gesamte liberale politische Spektrum. Mit »PC« werden dabei sowohl Menschen als auch die entsprechenden politischen Programme bezeichnet, kritisiert und diskreditiert.« (Wierlemann 2002: 15). Ich möchte zeigen, dass Diffamierungen und Begriffsbesetzungen zwar Teil des Diskurses sind, der Hauptgrund für den schlechten Ruf »Politischer Korrektheit« scheint mir aber die Praxis dieser Sprachkritik selbst zu sein. Schon die These, dass dem Ausdruck ein positives Denotat entspricht, erscheint zweifelhaft.

Wer ›korrekt‹ sagt, meint ›dogmatisch‹

Spätestens seit den 1960er Jahren wurde in den Diskursen der amerikanischen Linken der Ausdruck ›political correct‹ häufiger benutzt. Als wahrscheinliche Quelle nennt Hellinger die Schriften Mao-Tse-Tungs (vgl. Hellinger 2000: 179). Auch Wierlemann führt Mao zumindest als eine mögliche Quelle an (vgl. Wierlemann 2002: 46). ›Politisch korrekt‹ war, wer bedingungslos zu seiner Partei stand, ohne Rücksicht auf die Folgen. Der Begriff war also weniger mit dem humanistischen als mit dem totalitären Erbe der Linken verknüpft. Er war geradezu ein Synonym für dogmatisches Denken. Bald aber wurde er ironisch gewendet. Undogmatische Linke setzten sich damit von Parteigenossen ab, die allzu linientreu waren. Dabei wurde der Begriff auch selbstironisch eingesetzt. Man konnte sagen: »Komm, lass uns zu McDonalds gehen, auch wenn es politisch nicht korrekt ist.« (Lampert 1995: 249, eigene Übers. K.M.). So spielerisch konnte nur innerhalb einer relativ homogenen Subkultur mit Sprache umgegangen werden.

Bald musste es zu härteren Konfliktlinien kommen. Sprach- und Verhaltensregeln werden seit jeher als Mittel politischer Sinnstiftung und als politische Gestaltungs- und Kampfmittel eingesetzt. Die Fragen, welche Politik und welcher Sprachgebrauch einer Gesellschaft gut tun, können daher kaum getrennt voneinander behandelt werden. So war es nur eine Frage der Zeit, dass sich die Diskussion radikalisierte und um polemische Töne bereichert wurde. Die Konservativen schnappten den Begriff auf, denn wer Selbstkritik übt, der lädt bekanntlich den Gegner schnell zum ›Mitmachen‹ ein. Gleichzeitig aber pflegte bald jede Gruppe von Sektierern ihre eigene, ideologisch geprüfte Sprache. Sven Papcke schreibt zutreffend, dass das, was als ›Mühe des Begriffs‹, als ›Einforderung richtiger Benennungen‹, begonnen habe, in gedankenpolizeiliche Ansprüche all jener Gruppierungen gemündet sei, die sich benachteiligt oder missachtet fühlten: »Entsprechend drängte sich die Berücksichtigung und Anerkennung nicht nur ihrer Beschwerden, sondern auch der eigenen Sozialvorstellungen, Kulturmuster oder Weltbilder in den Vordergrund.« (Papcke 2003: 305).

Nicht immer verlief die Rezeption der US-Debatte in Deutschland problemlos. So wurden besonders absurde Sprachregelungen aus dem 1992 in den USA erschienenen Political-Correctness-Handbuch von Christopher Cerf und Henry Beard, die von Anfang satirisch gemeint waren (etwa ›horizontally challenged‹ für ›fat‹) von Konservativen als ernst gemeinte Vorschläge besprochen (vgl. Wierlemann 2002: 35). Deutschland ist aber ein Nebenschauplatz geblieben. In den USA hingegen, in denen der Begriff ›Politische Korrektheit‹ erfunden wurde, wird darüber bis heute besonders scharf und kontrovers diskutiert.

Dafür sind einige Besonderheiten verantwortlich. Das Land ist ethnisch und politisch erheblich inhomogener als Deutschland, gleichzeitig garantiert die Verfassung in hohem Maße persönliche Freiheit. Sprachregeln treffen hier auf eine disperse Öffentlichkeit mit extrem unterschiedlichen Wertvorstellungen. Während Rassisten und Holocaust-Leugner in einer Weise öffentlich auftreten können, die

in Deutschland nicht mehr durch die Meinungsfreiheit gedeckt ist, gelten an vielen Hochschulen besondere *Speech Codes* (allgemeine Sprachempfehlungen) und *Language Guidelines* (konkrete Formulierungsvorschläge), in denen etwa der Begriff des »latin lovers« als inopportun eingestuft wird, weil er, wie es heißt, ein Stereotyp über das sexuelle Verhalten von Latinos transportiere. Bestimmte Orte wie Hochschulen oder bestimmte Sprachebenen wie die Hochsprache werden erreicht, andere nur in geringem Maße oder gar nicht.

Antidiskursive Elemente politischer Korrektheit

Auch in Deutschland betonen Befürworter des »politisch korrekten« Sprachgebrauchs, etwa Marlis Hellinger, wie sehr ihnen an der offenen Diskussion gelegen sei. Die Entwicklung sprachlicher Sensibilität, heißt es, sei wichtiger als die Einführung normativer Regeln: »Wortbedeutungen sind wenig stabil. Sie werden vielmehr diskursiv entwickelt und es macht wenig Sinn, Wörter als neutral oder diskriminierend, sexistisch oder nicht-sexistisch, politisch korrekt oder nicht korrekt zu klassifizieren.« (Hellinger 2000: 171) Eine »Sensibilisierung« für die sprachliche Repräsentation von Herrschaftsverhältnissen oder diskriminierender sozialer Praxen ist danach das Ziel »Politischer Korrektheit«.

Doch sie will auch verunsichern. Wer ihre Forderungen ablehnt, setzt sich dem Verdacht aus, zugleich die Werte abzulehnen, in deren Namen sie auftritt. Wer verlangt, dass wir einen inklusiven Plural benutzen (die »MitarbeiterInnen«), der unterstellt, dass jeder, der von »Mitarbeitern« spricht, die Frauen nicht als gleichwertig anerkennt. So versucht man, sich im Meinungsstreit, in der »Konkurrenz der Wirklichkeiten«, einen strategischen Vorteil zu verschaffen, der nicht weiter hinterfragt wird. Je deutlicher »Politische Korrektheit« den moralischen Anspruch reklamiert, desto eher kann sie mit affirmativer Zustimmung oder Duldung rechnen. Wer wäre schon für Diskriminierung zu haben? »Alte« Redeweisen kann sie zugleich als Relikte »alten Denkens« vorführen und propagandistisch nutzen. Nur wer sich mit dem bloßen Anspruch der Menschenfreundlichkeit nicht zufrieden gibt und weiterfragt, kann überhaupt ein Kritiker »Politischer Korrektheit« werden.

Wegen ihres manichäischen Charakters – korrekt/nicht korrekt – erzeugt »Politische Korrektheit« sozialen Druck. Elisabeth Noelle-Neumann bezieht sich auf diesen Druck, wenn sie den Begriff mit dem des »Tabus« in Verbindung bringt: Über ein Thema darf nicht mehr oder nur noch in einer bestimmten Art und Weise diskutiert werden (vgl. Noelle-Neumann 2004: 404). Erfolgreich praktizierte »Politische Korrektheit« entspricht demnach dem Endstadium der von ihr beschriebenen »Schweigspirale«, jenes Prozesses, bei dem Personen angesichts des tatsächlichen oder vermuteten Meinungsklimas verstummen, aus Angst, eine Minderheitenmeinung zu vertreten und dafür geächtet oder bestraft zu werden.

Auch im Feld technisch vermittelter Kommunikation sind Versuche einer Steuerung des Sprachgebrauchs durch die Betreiber von Internet-Foren und Auktionsplattformen erkennbar, die an das Phänomen »Politischer Korrektheit« erinnern. Wegen des höheren Grades an Automation und der oft wenig komplexen Gebrauchstexte fehlen die Schattierungen einer lebendigen Debatte mit Rede und Gegenrede und Relativierung. Zugleich handelt es sich um Räume mit niedriger sozialer Kontrolle. Für den Beobachter kann das von Vorteil sein, denn bestimmte Mechanismen des Regelverstößes und der Sanktionierung sind hier klarer zu besichtigen als anderswo.

In Chatrooms, wie sie von dem Unternehmen *Spinchat* angeboten werden, führt der Gebrauch bestimmter Begriffe oder Buchstabenfolgen wie »sex« oder »nazi«, so genannter »badwords«, unmittelbar zum Ausschluss aus der Kommunikationsgemeinschaft. Der Teilnehmer wird ohne Rücksicht auf den Kontext vom Programm (als Alternative zu einer Aufsichtsperson) »gekickt«. Beim deutschen Ableger des Internet-Auktionshauses *Ebay* existierte zeitweise ein Wortfilter, der dafür sorgte, dass bestimmte Begriffe in den Auktionen nicht gefunden wurden, obwohl diese in den Beschreibungen enthalten waren, darunter die Begriffe »bdsm« (ein Hinweis auf sado-masochistische Praktiken) oder auch »ns« (eine Abkürzung für Nanosekunde, aber auch eine Chiffre für »Nationalsozialismus«). Anders als bei *Spinchat* erfuhren die *Ebay*-Kunden davon nichts. Gegenwärtig scheint der *Ebay*-Wortfilter abgeschafft zu sein. Verbotene Artikel oder Aktionen, die gegen die Grundsätze des Unternehmens verstoßen, werden nun wieder manuell gelöscht.

Die Unternehmen, die kaum mehr tun, als Foren für den kommunikativen Austausch oder den Verkauf von Gütern zur Verfügung stellen, fürchten, ihr Image zu schädigen oder gar, sich strafbar zu machen. Um diese Gefahr zu minimieren, rüsten sie technisch auf und nehmen »Kollateralschäden« durch recht grobe Filter in Kauf. Die Kommunikationsunternehmen selbst werden Vorreiter einer »Säuberung der Sprache« auch in technisch gestützter Kommunikation. Ihnen geht es freilich nicht um eine bessere Sprachpraxis, sondern darum, Gesetze einzuhalten und ihr Image zu schützen. Sie versuchen, sich gefährlichen Diskursen von vornherein zu entziehen.

Dieses Phänomen, die Automatisierung nicht nur der Datenübertragung, sondern auch des Auswahlprozesses, ist neu. Sie erinnert strukturell an die Mechanismen »politischer Korrektheit«, es wird aber nicht in erster Linie durch politisch motivierte Sprachkritik forciert, sondern durch Rechtsunsicherheiten im Cyberspace und durch ein massives, geschichtlich einmaliges Überangebot an Information. Eine »Militarisierung« technisch gestützter Kommunikation, gekennzeichnet durch das gegenseitige Aufrüsten der Kommunikationspartner, zeichnet sich ab: Filter, Sicherheitscodes und Verschlüsselungsprogramme auf der einen Seite, Recherchemaschinen und »aggressive« Daten, die trickreich versuchen, doch noch den Empfänger zu erreichen, auf der anderen.

Sprache und Konstruktivismus

Wir bewegen uns in einer sozialen Umwelt, die Siegfried J. Schmidt als den »Bereich von Kommunikation, Konflikt, Diskurs und Geschichte« charakterisiert hat. (Schmidt et. al 1994: 12). Der Sprache kommt eine Schlüsselfunktion in der Kommunikation zu. Die Wirklichkeit der Wahrnehmung wird jedoch von vielen weiteren Funktionen bestimmt. Sie wird vom Beobachter allein konstituiert und ist nur diesem allein zugänglich. Damit ist nicht gemeint, dass wir in dem Sinne an der Erkenntnis gehindert sind, dass uns die »wirkliche Welt« unzugänglich ist, sondern, dass nur kognitiv geschlossene Systeme zur Erkenntnis fähig sind. Unsere Wahrnehmungsorgane sind nicht Grenze, sondern Bedingung der Wirklichkeitserfahrung.

Darum gibt es so viele Wirklichkeiten wie Beobachter. Deren Wirklichkeitsentwürfe bilden sich nach Schmidt aber keineswegs willkürlich heraus, »sondern gemäß den biologischen, kognitiven und soziokulturellen Bedingungen, denen sozialisierte Individuen in ihrer sozialen und natürlichen Umwelt unterworfen sind.« Über diese Bedingungen kann der einzelne Mensch nicht verfügen – deshalb, »wäre es sinnlos, Wirklichkeitskonstruktion als planvollen und in jeder Phase bewusst gesteuerten Prozess zu konzipieren.« (Schmidt et. al 1994: 5)

Viele frühere Autoren haben sich auf naturwissenschaftliche Erkenntnisse berufen, um die konstruktivistische Auffassung zu stützen, vor allem auf Ergebnisse der Hirnforschung und der Neurobiologie, die die menschliche Wahrnehmung als selbstreferenzielles Verarbeiten von Erregungsmustern durch Neurone beschreiben. In jüngerer Zeit versucht Schmidt eine Argumentation aufzubauen, die ohne die Ergebnisse der Naturwissenschaften auskommt, da diese Wissenschaften selbst Kulturprodukte sind. Ähnlich wie Luhmann sieht er eine Differenzierung/Setzung am Anfang jeder menschlichen Wahrnehmung, allerdings lässt er den Beobachter diese Setzung nicht in einem *unmarked space* wie Luhmann vollziehen, sondern in einem kulturellen Raum, in dem schon vielfältige Voraussetzungen (Voraus-Setzungen) getroffen sind. Sein neues Modell betont die Rolle der Überlieferung von Kultur durch Sprache: »Auf diesen Zusammenhang können wir uns jetzt in Gestalt von Erinnerungen und Erzählungen beziehen.« (Schmidt 2003: 27)

Schmidt legt Wert darauf, dass Kommunikationsmittel wie Sprache durch die soziale Qualifizierung der Sprecher entstehen und Zeichen nur als Zeichen in der Kommunikation fungieren: »Eine Zeichenrelation wird nicht durch Referenz bzw. Repräsentation, sondern durch Rückbezüglichkeit bzw. Selbstreferenz in der Kommunikation bestimmt.« Er schreibt: »Im Sprechen und mit Sprache greifen wir nicht (wie es traditionelle dualistische Zeichenbegriffe nahe legen) über die Sprache »in die Realität« aus, sondern wir greifen (immer nur) zurück auf sozial approbierte Zeichenverwendungen in der Kommunikation.« (Schmidt 2003: 74)

Spracherwerb und Sprachgebrauch sind unauflösbar mit der Sozialisation verknüpft. Vorschläge, Sprache zu verändern, sind zwar legitim und werden von Sub-

kulturen regelmäßig erprobt, wobei die Bedeutung eines Zeichens nur noch ein Kriterium unter vielen ist, entscheidend bleibt aber, ob sich ein Begriff bewährt: »Neben Referenz und Bedeutung müssen Aspekte wie Funktion, Gebrauch, Geltung und Wirkung, Unterstellungs-Unterstellungen [hier als operative Fiktion zu verstehen, K.M.] und Motivverdacht in Geschichten und Diskursen angemessen berücksichtigt werden.« (Schmidt 2003: 75) Damit lässt sich ein wesentlich differenzierteres Bild zeichnen: Ein Wort kann in einem Zusammenhang akzeptiert, in einem anderem verletzend sein. Es kann zu einer Zeit gebräuchlich, zu einer anderen veraltet sein, ja noch mehr: jemand der »politisch korrekt« spricht, kann Rassist sein, ein anderer, der die Tabus »Politischer Korrektheit« bricht, nicht.

Das bloße Sichtbarmachen des anderen ist aus dieser Perspektive kein Wert an sich mehr. Der Konstruktivismus, der nun zunehmend kulturalistisch begründet wird und damit nach Schmidt bereits terminologisch überwunden ist, spielt die Frage nach der Sinnhaftigkeit »politisch korrekter« Sprache gewissermaßen an die politischen und kulturellen Diskurse zurück. Er räumt auf mit der Vorstellung, dass die »politisch Korrekten« die besseren Menschen sind – im extremsten Fall sind sie nur die besseren Lügner. Über das Wirklichkeitsmodell in unserem Kopf entscheidet die Summe sozialer Erfahrungen. Der uns zugetragene Sprachgebrauch ist nur eine davon.

Forderungen an einen freien Diskurs

Es gibt heute in Deutschland eine ritualisierte Kritik am alltäglichen Sprachgebrauch, die die Sprecher dem permanenten Verdacht der Fremdenfeindlichkeit, der Frauenfeindlichkeit, Ausländerfeindlichkeit und der Verharmlosung des Nationalsozialismus aussetzt. Besonders gefährdet sind Vertreter politischer und ökonomischer Macht, die sich oft in vorausweisendem Gehorsam die Regeln »politischer Korrektheit« zu eigen gemacht haben und nun einer permanenten Beobachtung durch die Medien ausgesetzt sind. Es ist legitim, sich gegen dogmatische und unpraktikable Sprachregeln zur Wehr zu setzen, ebenso, wie man sich gegen ungerechtfertigte Verdächtigungen zur Wehr setzt, es ist sogar eine Pflicht derer, die diese Regeln ablehnen.

Der Terminus »politisch korrekt« ist gegen die dogmatische Übertreibung gerichtet. Wo diese Übertreibung beginnt, lässt sich nicht objektiv bestimmen, sondern muss ausgehandelt werden. Der Begriff sollte nicht unreflektiert gegen jede Art der Sprachkritik erhoben werden. Schon gar nicht lässt sich Geschichtsklitterung mit dem Verweis auf »Politische Korrektheit« entschuldigen. Zur Kommunikation gehört aber immer auch die Freiheit, verstanden und missverstanden zu werden, zu verletzen und verletzt zu werden, als Gesprächspartner gehört oder abgelehnt zu werden. Kommunikation sollte ihre Grenzen ausschließlich in den Toleranzgrenzen derer finden, die miteinander kommunizieren, und selbstverständlich im Recht.

Die Alltagssprache ist lebendig und wird von neuen Subkulturen stetig neu herausgefordert und modernisiert. Es lohnt sich, nicht nur auf die Sprachzeichen selbst, sondern auch auf Affekte, Kommunikationsabsichten und Hintergründe der Sprecher zu achten. Im freien Diskurs mögen die Vertreter jeglicher Sprachkritik immer wieder auch Erfolge erringen – sie werden sich aber damit abfinden müssen, dass sich nicht alle Vorschläge für einen veränderten Sprachgebrauch durchsetzen. Einiges (wie die »MitarbeiterInnen«) ist heute noch umstritten, anderes ist schon als ideologische Übertreibung (»Waldmord« statt »Waldsterben«), als Wortspiel (»femnipulation« statt »manipulation«) oder als Schablone der Politiker-Sprache (»ausländische Mitbürger« statt »Ausländer«) erkannt.

Literatur

- Beard, Henry/Cerf, Christopher (1992): *The Official Politically Correct Dictionary and Handbook*. New York: Villard Books.
- Broder, Henryk M. (2004): »Praktikantin contra Benjamin«, in: *Der Spiegel*, Nr. 18, 26.04.2004, S. 182.
- Hellinger, Marlis (2000): »Feministische Sprachpolitik und Politische Korrektheit. Der Diskurs der Verzerrung«, in: Eichhoff-Cyrus, Karin M./Hoberg, Rudolf (Hg.): *Die deutsche Sprache zur Jahrtausendwende: Sprachkultur oder Sprachverfall?* Mannheim: Dudenverlag, S. 177-191.
- Lampert, Günther (1995): »Political Correctness und die sprachliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Skizze«, in: *Amerikastudien*, 40. Jg., Nr. 2 / 1995, S. 247-257.
- Noelle-Neumann, Elisabeth (2004): »Öffentliche Meinung«, in: Noelle-Neumann, Elisabeth/Schulz, Winfried/Wilke, Jürgen (Hg.): *Fischer Lexikon Publizistik Massenkommunikation*. Akt., vollst. überarb. u. erg. Ausgabe. Frankfurt am Main: Fischer, S. 396-404.
- Papcke, Sven (2003): »(Political) Correctness (PC) – Eine moderne Form der Lügensprache«, in: Hettlage, Robert (Hg.): *Verleugnen, Vertuschen, Verdrehen. Leben in der Lügengesellschaft*. Konstanz: UVK, S. 305-320.
- Schmidt, Siegfried J./Merten, Klaus/Weischenberg, Siegfried (1994): *Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Schmidt, Siegfried J. (2003): *Geschichten & Diskurse. Abschied vom Konstruktivismus*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Wierlemann, Sabine (2002): *Political Correctness in den USA und in Deutschland*. Berlin: Erich Schmidt.
- Zimmer, Dieter E. (1997): »Die Berichtigung. Über die Sprachreform im Zeichen der Politischen Korrektheit«, in: Zimmer, Dieter E. (Hg.): *Deutsch und anders. Die Sprache im Modernisierungsfieber*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, S. 105-180.